

Herforder Zeitung

für Stadt

und Land



Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntags und Feiertagen, mittags

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Königsstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 53 und 151
Postfach Nr. 5296
Schiedsamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalte, 11 Zeilen oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 181 (61tes Blatt.)

Herford, Mittwoch, den 4. August 1920

38. Jahrgang.

Das Neueste vom Tage.

Die deutsche Liga für den Völkerbund protestiert in einem Aufruf gegen das Abkommen von Spa, das den Grundpfeilern des Völkerbundes und den Prinzipien der Gerechtigkeit widerspricht.

Die Heereskammer tritt am 9. August in Berlin zusammen, um sich in der Hauptsache zu konstituieren.

In Paris wurde die in den einzelnen Friedensverträgen vorgesehene internationale Donaukonferenz eröffnet. Vertreten sind außer den Alliierten alle Donauländer.

Auf dem Internationalen Bergarbeiterkongress in Genf bezeichnete der Engländer Lodge die Nationalisierung und Sozialisierung des Bergbaus als einziges Mittel, das aus der Weltkohlennot herausführen könne.

Der internationale Sozialistenkongress nahm gestern einen Antrag auf Verlegung des Vororts von Brüssel nach London einstimmig an.

Im Monat Juli wurden von den Aufständigen in Irland 15 Polizisten, 4 Militärpersonen sowie 3 Zivilisten getötet und 30 Polizisten, 22 Militärpersonen und 5 Zivilisten verwundet.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Türkei findet am Donnerstag in Sevres statt.

Die englischen Truppen sind bei Teheran stark dem bolschewistischen Druck gewichen. Der Rückzug hat ein gewisses Ersauern in Teheran hervorgerufen und auf die persische Regierung starken Eindruck gemacht.

Der Putsch in Zittau.

Stilllegung des Eisenbahnverkehrs.

Wfb. Zittau, 2. August. Die Eisenbahner haben heute morgen die Arbeit niedergelegt. Der gesamte Zugverkehr ruht. Die Züge von Dresden nach Zittau verkehren nur bis Nieder-Rodewitz.

Die einsichtigen Arbeiter gegen den Terror.

Wfb. Berlin, 3. August. Zur Lage in Zittau melden die Berliner Mittagsblätter u. a.: Der Oberbürgermeister von Zittau, der nach Dresden gefahren war, wird mit dem Vortrupp der Reichswehr heute in Zittau zurück erwartet, um die normale Lage wiederherzustellen. Der 15er Ausschuss, der sich die Polizeigewalt angeeignet hat, herrscht immer noch. Er besteht aus drei Spartakisten, 2 Kommunisten, 2 Mehrheitssozialisten, als Vertreter des Gewerkschaftsrates, 3 Unabhängigen und 5 in den Betrieben Erwählten, die den Vinsradikalen angehören. Da die großen Ueberlandzentralen weiter stillliegen, sind angeblich einige hundert Fabriken und Werkstätten zum Stillstand gezwungen. Die Stimmung der einsichtigen Arbeiterschaft ist unbedingt gegen den Terror und gegen den Streik.

Wfb. Zittau, 3. August. Eine von 6-8000 Personen besuchte Versammlung beschloß heute vormittag, morgen eine Abstimmung in den Betrieben über die Weiterführung des Streiks stattfinden zu lassen. Von den früheren Forderungen der Radikalen war keine mehr die Rede. Man verlangte nur die Aufhebung des Belagerungszustandes. Ausschreitungen sind nicht vorgekommen. Der Bahnverkehr ist wieder aufgenommen.

Der Abbau der Zwangswirtschaft.

Nur bei Getreide, Milch, Butter, Zucker nicht.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat unter Leitung des Ministers Dr. Hermes in Gegenwart des Staatssekretärs beim preussischen Staatskommissar für Volksernährung eine Besprechung mit den Ernährungsministern für Bayern, Württemberg und Hessen stattgefunden, die sich auf alle wichtigen Gebiete der Ernährung bezog. Die eingehenden Verhandlungen ergaben den einheitlichen Willen, den

Abbau der Zwangswirtschaft gemeinsam durchzuführen.

Ginsichtlich des Brotgetreides herrschte volle Uebereinstimmung darüber, daß die strengste Bewirtschaftung u. schärfste Erfassung durchgeführt werden müsse und daß hier keine Milderung getroffen werden dürfe. Die baldigste Schaffung einer ausreichenden Getreidereserve ist eine der wichtigsten Aufgaben der Ernährungswirtschaft. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft sagte den Ländern die Möglichkeit zu, sich über die Einfuhr dauernd zu unterrichten. Auch bei Milch, Butter und In-

landsfische soll keine Milderung eintreten. Für Desfrüchte ist die Aufhebung der Bewirtschaftung erfolgt.

Ueber Bewirtschaftung oder Freigabe der Kartoffeln soll ein Beschluß in der ersten Hälfte des August gefaßt werden. Falls sich eine befriedigende Ernte erwarten läßt, wird die Freigabe als zweckdienliche Lösung bezeichnet. Die Fleischbewirtschaftung soll im Herbst ihr Ende finden.

Mit allem Nachdruck ist die Einfuhr und wenn möglich die Verbilligung von Futtermitteln zu erstreben. Die Einfuhr von Mais ist sofort freizugeben. Die Fleischkarte soll sofort aufgehoben werden und durch die Kundenliste ersetzt werden. Bei den

Schlachtviehpreisen wurde eine Ermäßigung

von durchschnittlich 40 M für den Zentner Lebendgewicht unter Einführung einer neuen Klasse für geringwertiges Vieh mit einem Preisfuß von 180 M gefordert. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft inländ. Fleisches soll einheitlich und gleichzeitig für ihr gesamtes Gebiet im Herbst erfolgen.

Vorläufig keine russisch-polnischen Waffenstillstandsverhandlungen.

Unterzeichnung grundlegender Friedensbedingungen verlangt.

Was nach den Nachrichten der letzten Tage nicht zweifelhaft war, wird jetzt in aller Form bestätigt. Die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Polen und Russen sind nicht zustande gekommen. Als Erklärung dafür wird angeführt, daß die Russen keineswegs nur die Unterzeichnung des Waffenstillstandes wollten, sondern zugleich auch die Anerkennung der grundlegenden Friedensbestimmungen. Weil die Polen dazu nicht bereit waren, sind sie zurückgekehrt, um sich die nötigen Vollmachten zu erwirken.

Tatsächlich liegen die Dinge natürlich so, daß ihre militärischen Erfolge die Bolschewisten ermutigen. Polens Niederlage zuvor erst vollends zu besiegeln und dann zu verhandeln, vielmehr zu diffundieren. Das russische Ziel ist klar: Freimachung des Weges nach Westen. Die Polen haben ihren Auftrag von Frankreich zu wortgetreu ausgeführt, Deutschland abzuriegeln nach dem Osten und sind darum mit einer geradezu bewunderungswürdigen Dreifachigkeit und Unerschrockenheit gegen unter am Boden liegendes Vaterland aufgetreten, ohne zu erkennen, daß Deutschland unter allen Umständen mit Ruß und zu einem ungehemmten geregelten Warenaustausch kommen muß. Rußland will nach Westen, wir müssen nach Osten. Je enger daher die Grenzen Polens gezogen werden und je geringer sein Einfluß, desto besser für uns und Rußland, aber auch für Osteuropa, ja für Europa überhaupt. Solange sich die Warschauer Kassehaupoliten anmaßen, eine Rolle zu spielen, solange ist die Ruhe der Welt bedroht. Von diesem Standpunkt aus ergeben sich ganz ungezwungen die Forderungen für unsere Anteilnahme an den augenblicklichen Geschehnissen im Osten.

Wichtige Meldungen darüber berichten heute:

Rückkehr der polnischen Delegierten.

Wfb. London, 3. August. (Reuters). Der Moskauer Funkspruch meldet: Die Waffenstillstandsverhandlungen sind ausgesetzt worden. Die polnischen Delegierten kehren nach Warschau zurück, um von der Regierung die Ermächtigung zur Unterzeichnung nicht nur des Waffenstillstandsvertrages, sondern auch der grundlegenden Friedensbedingungen, die die Sowjetregierung aufgestellt hat, zu verlangen.

Nach einer Wiener Meldung der Wossischen Zeitung funkte die polnische Waffenstillstandskommission am 2. August dem polnischen Außenminister aus Moskau, daß die Vertreter des Sowjetkommandos in Parawowitsch ihr mitgeteilt hätten, daß die Sowjetregierung nicht nur über den Waffenstillstand, sondern auch über den Frieden verhandeln will. Diese angeblichen Verhandlungen sollen am 4. August in Moskau beginnen. Da die polnische Waffenstillstandsabordnung keine ausreichenden Vollmachten für Friedensverhandlungen beibrachte, erbat die Delegierten entweder eine Erweiterung der polnischen Vollmachten oder das Eintreffen von neuen, mit neuen Vollmachten ausgerüsteten Delegierten.

Grüner und die Truppentransporte.

Wfb. Berlin, 3. August. Laut Abendblättern wünschte eine Kommission der Eisenbahnerorganisation vom Minister Ordner eine Stellungnahme zu den Truppentransporten durch Deutschland. Sie verlangen, daß auch das auswärtige Amt gegen die Entente-transporte protestiert und daß die Regierung selbst unter Beihilfe der Eisenbahnervertretungen die Ueberwachung der Bahnstrecken übernehme. Der Minister erklärte wiederholt, daß Deutschland durch gewisse Abmachungen gebunden sei und den Transport von Truppen und Heeresmaterial der Entente nicht ohne weiteres zurückweisen könne.

Polnischer Heeresbericht.

Wfb. Warschau, 3. August. Aus dem Generalstabsbericht vom 2. August. An der deutschen Grenze nördlich von Ostrowka ist die Lage unverändert. Am Bug finden im Bereich von Mielnik Kämpfe statt. Bei Brest-Litowsk greift der Feind die Festung und die Stadt heftig an. Die Kämpfe um Brody, die beiderseits große Kräfte in Anspruch nehmen, entwickeln sich auch weiterhin für uns

aber keine vorzeitige oder gesonderte Freigabe einzelner Vieharten oder innerhalb einzelner Länder. Entgegenstehende Anordnungen werden rückgängig gemacht. Das Reichsministerium wird mit der heute nicht vertretenen baltischen Regierung dieserhalb verhandeln.

Die Freigabe der Margarine wurde gutgeheißen. Die Bewirtschaftung des Inlandschmalzes soll mit der Freigabe des Fleisches aufhören. Die Zuckerbewirtschaftung soll in ihren Grundzügen aufrechterhalten bleiben. Die Preise sollen möglichst niedrig bemessen werden. Die Einfuhr von nicht bewirtschafteten Nahrungsmitteln (z. B. Salzheringen) wird möglichst sofort freigegeben. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß im neuen Wirtschaftsjahr wenigstens eine Stabilisierung der Dünge- und Düngemittelpreise erreicht wird, ohne eine Senkung der Düngemittelpreise aus den Augen zu verlieren. Von Kriegsgesellschaften sollen nur diejenigen weiter bestehen bleiben,

günstig. Im Secret brütlige Kämpfe, die heftigen Charakter annehmen.

Russischer Heeresbericht.

Wfb. Paris, 3. August. (Havas) veröffentlicht folgenden Bericht der Bolschewisten vom 2. 8.: In der Gegend von Komsha wurden die Ufer des Dnepr und des Dniestr überbrückt. Die Offensive wird energisch fortgesetzt. Im Westen von Bialystok wurde die Stadt besetzt. Im Norden von Kobrin haben die bolschewistischen Truppen den Widerstand des Feindes gebrochen und neue Gebiete erobert.

Keine Berichterstatter für die Verhandlungen.

Wfb. Paris, 3. August. (Havas). Die polnische Regierung beauftragte bei der Sowjetregierung, zu den Waffenstillstandsverhandlungen Zeitungsbereitschaften zuzulassen. Die Sowjetregierung antwortete jedoch ablehnend.

Die Sowjetvertreter in London nicht empfangen.

Wfb. Paris, 3. August. Das Echo de Paris meldet aus London, daß Lloyd George sich geweigert hat, die Sowjetvertreter Krasin und Kamenew zu empfangen, da erst der Waffenstillstand mit Polen abgeschlossen und die Gesetze dafür in Kraft getreten sein müßten, bevor er mit den beiden Bevollmächtigten verhandle.

Die Russen 30 Kilometer vor Lemberg.

Wfb. Breslau, 3. August. Zuverlässigen Nachrichten zufolge haben die Bolschewisten eine neue Offensive am Serech eingeleitet. Sie stoßen energisch vor und stehen augenblicklich bereits 30 Kilometer vor Lemberg. Die Polen ziehen sich zurück.

Eine wirtschaftliche Mission Wigdor Kopps in Berlin.

Wfb. Berlin, 3. August. Der Agent der russischen Sowjetregierung, Wigdor Kopp, ist vor einigen Tagen nach Moskau abgereist und zwar zu Besprechungen wirtschaftlicher Natur, mit denen Kopp in Berlin beauftragt worden soll. Voraussichtlich wird auch die Ermordung des deutschen Gesandten in Moskau, Grafen Mirbach, verurteilt werden, die seiner Zeit zum Abbruch der Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland führte.

Eine amerikanische Vertreter erwartet?

Wfb. London, 3. August. Nach einer Timesmeldung aus New York hat Wilson sich dahin ausgesprochen, daß er zur Konferenz in London, die wegen des Friedens mit Polen stattfinden soll, einen Vertreter entsenden werde. Wie von gutunterrichteter Seite, die Wilson nahestehe, behauptet wurde, soll der Präsident der Ansicht sein, daß die Konferenz zur Revision des Versailler Friedensvertrages führen werde.

Kein rumänisches Ultimatum an Sowjetrußland.

Wfb. Bukarest, 3. August. Die Meldung des südafrikanischen Pressebureaus von einem angeblichen Ultimatum der rumänischen Regierung an die russische Sowjetregierung wird von zuständiger rumänischer Stelle energisch in Abrede gestellt. Bisher seien russische Truppen weder in Besarabien noch in Rumänien eingerückt.

Revolutionskomitee.

Wfb. Königsberg, 4. Aug. (Eig. Drahtm.)

Nach in Königsberg eingegangenen Nachrichten hat sich am 31. Juli auf polnischem Gebiet ein vorläufiges Revolutionskomitee Polens gebildet, das die werktätige Bevölkerung auffordert, an einer Revolution tätig mitzuwirken.

welche die zentrale Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel (Getreide, Milch usw.) ausüben, aber auch innerhalb dieser wird möglichste Vereinfachung und Vereinfachung angestrebt.

Mit diesem Programm wird man sich gern einverstanden erklären können. Danach sollen also vom Herbst ab nur noch: Getreide, Milch, Butter und Zucker in öffentlicher Bewirtschaftung bleiben, während alle anderen Nahrungsmittel freigegeben werden. Im ganzen Volke wartet man mit Sehnsucht auf diesen Augenblick; vor allem muß endlich wirklich Ernst gemacht werden mit der Beseitigung der Kriegsgesellschaften und wie die Zentralstellen sonst heißen mögen. Ihnen muß heute jegliche Daseinsberechtigung abgesprochen werden. Je schneller und vollständiger sie verschwinden, desto größer die Befriedigung bei der Allgemeinheit.

Internationaler Sozialistenkongress.

Schulfrage — Völkerverbund.

In der um 2.30 Uhr beginnenden Nachmittagsitzung wurde die Diskussion über die Zulassung einzelner Delegationen fortgesetzt. Kubanowitsch erklärte namens der sozialrevolutionären Gruppe, daß seine Partei einzig nach Genuß gekommen sei, um sich zu informieren. Die Russen sind der Auffassung, daß sie mit den deutschen und englischen Unabhängigen wieder Fühlung erhalten müßten. Die Partei spricht sich gegen jede Unterstützung einer militärischen Intervention des Auslandes in Rußland aus.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen teilte der Kommissionsberichterstatter Lafontaine mit, daß in der Kommission Einstimmigkeit erzielt worden sei über den Text einer von den Deutschen ausgearbeiteten Resolution über die Schulfrage. Mit Rücksicht auf diese Einstimmigkeit empfahl er, sich jeder Diskussion zu enthalten und unter Beifall wurde hierauf die vorgeschlagene Resolution einstimmig vom Kongress angenommen. Der Wortlaut dieser Resolution weicht insofern von dem bereits veröffentlichten Text der Kommission ab, als die Haltung der deutschen Sozialdemokratie vor dem Kriege weniger scharf getadelt wird. Außerdem wird im neuen Text festgestellt, daß es nicht nur bloß für die Sozialdemokratie, sondern für Deutschland keine Elsaß-Lothringische Frage mehr gibt.

Zur Verhandlung kam hierauf die von der Kommission ausgearbeitete Resolution über die Stellung der Sozialdemokratie zum Völkerverbund. Der Berichterstatter Lafontaine stellt fest, daß leider nach dem Kriege der Militarismus nicht abgeschafft ist und Anlaß zu neuen Konflikten gibt. Die Sozialdemokratie werde versuchen, auf die neue, zum 15. November einberufene Völkerverbundung bereits Einfluß in ihrem Sinne zu gewinnen.

wtb. Genf, 3. Aug. Die Kommission für den Völkerverbund schlägt eine Resolution vor, in der es heißt:

Der Vertrag von Versailles und die Verträge die ihm gefolgt sind, haben die Welt in einem Zustand der Unsicherheit und Zerrissenheit gelassen, in einem viel beunruhigenderen Zustand als der vor dem Kriege von 1914 war. Dieser Zustand führt zum Weiterbestehen und zum Wachstum des Militarismus mit den Gefahren eines Krieges, die damit zusammenhängen. Die Arbeiter haben die Pflicht, die Fehler des Völkerverbundes klar zu stellen, dessen verdamnungswürdiger die Anerkennung des Rechtes auf Krieg ist. Der Völkerverbund kann nur eine Sicherung des Friedens sein, wenn er zu einem internationalen demokratischen Organismus wird, umfassend alle Völker ohne jede Ausnahme. Der Völkerverbund müßte die Mittel der Kontrolle und der Sicherung haben, durch eine internationale Polizei die allgemeine Entwaffnung aller Völker zu Land und zu Wasser durchzuführen. Es ist zu wünschen die Ausdehnung seiner Befugnisse hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe, der Transportmittel und auch der finanziellen Kriegskosten, die nicht ohne Ungerechtigkeit zum größten Teile zu Lasten der Nationen bleiben können, die am meisten unter der Last des Krieges gelitten haben. Der Völkerverbund wird, so verbessert und vervollständigt, das natürliche Werkzeug abgeben für die notwendige Umwandlung des Friedens von Versailles in einen gerechten und dauerhaften Frieden. Eine gerechte Anwendung der Grundsätze der Wiedergutmachung wird ermöglichen, daß den Völkern Mitteleuropas die Mittel gegeben werden, sich im allgemeinen Interesse der Welt wieder zu erholen. Er wird die im Friedensvertrag festgelegten Grenzen durch Grenzen ersetzen, die den frei ausgesprochenen Wünschen der Völker entsprechen. Der internationale Sozialistenkongress fordert daher die sozialistischen Parteien auf, alle ihre Anstrengungen darauf zu richten, ihren Delegierten in die gegenwärtige Organisation des Völkerverbundes Eingang zu verschaffen, um seine innere Zusammensetzung zu ändern und seine Befugnisse zu erweitern.

Reichstag.

d. Berlin, 3. August.

Die Reichstagsitzung am Dienstag, die der Präsident zwecks beschleunigter Erledigung der Geschäfte schon auf 10 Uhr vormittags einberufen hatte, wurde fast ganz von dem Streit um das Entwaffnungsgesetz ausgefüllt. Beide sozialdemokratische Parteien wehrten sich mit Händen und Füßen gegen dieses Gesetz, obgleich sie doch zugaben, mußten, daß die Vorlage durch das Spaa-Kommen nötig geworden ist und obgleich doch gerade die Linke strikte Erfüllung der in Spaa übernommenen Verpflichtungen verlangt. Treffend betonte der Zentrumsabgeordnete Hofmann-Ludwigshafen, daß es doch nur eine Wahl gebe, wenn man das Kommen von Spaa erfüllen wolle, entweder dieses Gesetz oder den Ausnahmezustand.

Reichsminister Koch wies nach, daß die äußerste Linke sich gegenseitig vorwerfen, daß sie im Besitz großer Mengen von Waffen sind und diese Waffen zur gewalttätigen Eroberung der Macht im Staate verwenden wollen. Wenn auch beide Seiten dabei übertrieben und sich gegenseitig für viel gefährlicher halten, als sie eigentlich sind, so ist doch andererseits gerade

dadurch bewiesen, daß beide Teile im Besitz unrechtmäßiger Waffen sind. In bezug auf die Vorgänge in Zittau wies der Minister nach, daß gerade dort der Beweis erbracht worden sei, daß die radikalen Volksmassen zahlreiche Waffen besitzen, denn vor einer unbewaffneten Volksmasse hätte die Sicherheitswehr sich nicht zurückziehen brauchen und vor einer solchen hätte sie sich auch ganz gewiß nicht verschont.

Obgleich so die Notwendigkeit des Entwaffnungsgesetzes unüberlegbar bewiesen war, zogen die Unabhängigen durch zahlreiche Volksreden die Debatte stundenlang hin, wobei es zum Schluß noch zu sehr stürmischen Auseinandersetzungen und Äußerungen kam. Angenommen wurde eine Antrag der Deutschen Volkspartei und der Demokraten, daß ein parlamentarischer Beirat gebildet werden soll, der dem Reichskommissar bei der Durchführung der Entwaffnung zur Seite stehen soll. Um 5 Uhr war endlich die Aussprache erschöpft und das Gesetz in der zweiten Lesung angenommen.

Vor der Entwaffnungsdebatte hatte das Haus noch eine Anzahl kleiner Anträge erledigt. Zu der Erhöhung der pfändungsfreien Lohnsumme von 2000 auf 4000 M für ledige und 2500 auf 5000 M für Verheiratete, hatten die Mehrheitssozialisten eine Erhöhung auf 6000 bzw. auf 7500 M beantragt. Bei der Abstimmung durch Sammel sprung wurde der Änderungsantrag mit 161 gegen 126 Stimmen abgelehnt.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung Nr. 151.

4 August.

Das Wetter am Donnerstag: Raum verändert, warm.

wtb. Vom Moat August. Der Monat August bildete im Kalender der alten Römer den sechsten Monat und wurde daher anfänglich Sextilis genannt, später aber erhielt er zu Ehren des Kaisers Augustus den Namen, den er heute noch trägt. Der Sextilis bestand bis dahin nur aus 30 Tagen, da aber der Juli, der dem großen Julius Cäsar geweiht war, deren 31 befaß, wollte man in der Eudigung des Augustus nach jener Richtung hin nicht zurückgehen, und so gab man denn auch diesem Monat — auf Kosten des Februars, den man deshalb verkürzte — die Dauer von 31 Tagen, eine Einrichtung, die sich bis auf die Gegenwart erhalten hat. Anderer Lesart zufolge soll übrigens der Name August deutschen Ursprungs sein, denn mit dem Worte Augt, Aukt oder Aukt pflegte man ehemals die Zeit der Reife und Ernte zu bezeichnen, heißt es doch schon in dem Epos „Iwein“, das den um 1170 geborenen mittelhochdeutschen Dichter Hartmann von Aue zum Verfasser hat: „Da das andre Jahr anfing — und fast bis zum August ging“. Auch im Französischen wird der August noch heute août (das Zirkumflex deutet auf früheres Vorhandensein eines s) und nicht auguste genannt. Karl der Große kaufte den August Lehren- oder Erntemonat, in alten Schriften finden sich aber auch die Bezeichnungen Schnittmond, Sitzmond und Roschmonat, welch letzterer Name auf die sommerliche Glut während desselben hinweist, die gewissermaßen das Reifwerden des Obstes bewirkt. Der Landmann wünscht sich den August, der ihm den Lohn für seine Arbeit bescheren soll, recht heiß und trocken — denn: „Was der August nicht kocht, wird der September nicht mehr braten.“ Dagegen: „Im August viel Sonnenschein — läßt geraten Korn und Wein.“

Der Reichstagsausschuß für freie Kartoffelwirtschaft. Wie wir gestern bereits berichteten, hat sich der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags mit der Kartoffelbewirtschaftung beschäftigt. Das Ergebnis der Besprechungen ist ein Beschluß, wonach die Zwangswirtschaft aufgehoben werden soll. Uns wird darüber aus Berlin berichtet:

Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags nahm einen Zentrumsantrag an, wonach bei Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln eine Reichsreserve von 20 Millionen Zentnern geschaffen werden soll. Ein gemeinsamer Antrag der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, der bayerischen Volkspartei und der Deutschen Nationalen, die Zwangswirtschaft für Kartoffeln unverzüglich aufzuheben, wurde mit 16 Stimmen gegen 12 Stimmen der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen angenommen. Abgelehnt wurde ein Antrag der Unabhängigen und Mehrheitssozialisten, den Kartoffelpreis auf 15 resp. 20 M für den Zentner herabzusetzen.

Preissturz auf dem Gemüsemarkt. Aus Köln wird gemeldet: Infolge des fruchtbarsten Wetters der letzten Tage wurden derartige Mengen Gemüse und Obst auf den Markt gebracht, daß größere Preisstürze eintreten. Die meisten Gemüsesorten mußten erheblich unter dem Marktpreis (den die Züchter als ihren „Korn“ bezeichnet hatten) abgesetzt werden, desgleichen mußten sich die Obsthändler zu beträchtlichen Preisherabsetzungen verstehen. Kirschen, deren Richtpreis 1,60 bis 2 M betrug, wurden zu 80 Pfg. bis 1,50 M verkauft. Ein weiteres beträchtliches Sinken des Obstpreises steht zu erwarten, da größere Obstmengen aus Italien, Tirol, Holland und Belgien einlaufen.

Vorauszahlung auf das Reichsnoteopfer. Das Finanzamt schreibt uns: Als Annahmestellen, bei denen Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen der Kriegsanleihe auf das Reichsnoteopfer in Zahlung gegeben werden können, gelten die Stadtparkasse in Herford und die Stadtparkasse in Bünde sowie die Oberfinanzkasse in Münster und die Regierungshauptkassen. Vorläufig können als Vorauszahlung auf das Reichsnoteopfer nur solche Kriegsanleihen in Zahlung genommen werden, welche nach § 34 der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über das Reichsnoteopfer als selbstgezeichnet anzusehen sind. Die Stadtparkasse in Herford und die Stadtparkasse in Bünde haben sich auch zur Annahme von Barbeträgen bei Vorauszahlungen auf das Reichsnoteopfer bereit erklärt.

Verbotenes Schnapsbrennen. Sicheren Beobachtungen zufolge hat neuerdings das Brennen von Getreide zu geistigen Getränken einen erheblichen, die Ernährungswirtschaft beeinträchtigenden Umfang angenommen. Man ist diesen Mischgeschäften erst jetzt auf die Spur gekommen und hat, wie die „P. A. N.“ erfahren, sofort die nachdrücklichsten Maßregeln zur Unterdrückung dieses Treibens ge-

troffen. Verbotener Getreidebrand wird bekanntlich mit 5 Jahren Gefängnis, sehr hohen Geldstrafen und Ehrverlust geahndet.

Ein Reichsmietsteuergesetz. Im Reichsarbeitsministerium ist der Entwurf eines Reichsmietsteuergesetzes ausgearbeitet worden. Danach sollen die Länder zur Förderung des Wohnungsbaues für das Jahr 1920 von allen Mietern eine Abgabe erheben. Die Höhe der Abgabe steht noch nicht fest. Länder und Gemeinden können zu der Abgabe Zuschläge erheben. 10 Prozent des Ertrages der Steuer behält das Reich zur Bildung eines besonderen Fonds. Die Steuer soll am 1. Oktober oder am 1. Januar in Kraft treten. Nach der „Post. Ztg.“ steht die bayerische Regierung dem Entwurf ablehnend gegenüber und verlangt, daß die Regelung der Angelegenheit der Landesgesetzgebung überlassen werde.

Leihweise Abgabe von Militärpferden. Es wird darauf hingewiesen, daß das Wehrkreiskommando VI in Münster beabsichtigt, zur Unterstützung der Landwirtschaft aus den Pferdedepots Münster und Sennelager etwa 800 Pferde leihweise an notleidende kleine Landwirte abzugeben. Die Abgabe erfolgt nur, wenn der betreffende Landwirt die Dringlichkeitsbescheinigung des Amtmannes bzw. der Polizeiverwaltung des Wehrkreiskommandos vorlegt, und zu Bedingungen, die auf dem Landratsamt eingezeichnet werden können. Die Anträge auf Ueberweisung von Pferden müssen an das Wehrkreiskommando VI, Abteilung I b in Münster gestellt werden.

Für Jäger. Die Schonzeit für Hasenwild (Hähne und Hennen) endet im Regierungsbezirk Minden in diesem Jahre am 29. September.

40. Verbandstag der westfälischen Bäckerinnungen. Am 4. und 5. August findet der 40. Verbandstag des Zweigverbandes Westfalen im Zentralverband deutscher Bäckerinnungen „Germania“ in Nefflinghausen statt. Auf der Tagesordnung stehen Vorträge über die wirtschaftliche Lage des Bäckerhandwerks, den Abbau der Zwangswirtschaft, das zukünftige System der Mehlversorgung, Aufhebung des Ruchensachverbotes, Einführung von ausländischem Mehl durch die Genossenschaften usw.

la. Eisenbahnpersonalien. Werführer Stipp schilb ist von Hattingen nach hier, kommiss. Unterassistent Watenberg von Gohfeld nach hier versetzt.

Streichkonzert bei Brinkmann. Man schreibt uns: Am Freitag, den 6. August, gibt das Städtische Orchester, welches erheblich verstärkt wird, ein großes Streichkonzert in Brinkmanns Garten. Eine aussergewöhnliche Vortragsfolge ist vorgesehen. Es ist gelungen, den auch hier bestens bekannten Pfiffen-Virtuosen Rgl. Kammermusiker Ludwig Täubig zu diesem Konzert als Solist zu verpflichten. Herr Täubig wird u. a. das bekannte Nr. 7 von Berlioz (Original für Violine geschrieben) auf seinem herrlichen Instrument zu Gehör bringen.

Musikverein. Man schreibt uns: Der Musikverein beginnt seine Proben am Donnerstag nächster Woche. Der Vorstand steht in Unterhandlung mit dem Komponisten eines neuzeitlichen Werkes, das bis jetzt nur die Uraufführung in Frankfurt unter Leitung des Komponisten erlebt. Es ist das „Hohe Lied vom Leben und Sterben“ von Waldemar v. Beußnern. Wahrscheinlich wird der Komponist selbst am Donnerstag nächster Woche den Mitgliedern des Musikvereins sein Werk erläutern. Goffentlich lassen sich die Leistungen unseres Vereins nach den kräftigen Erfolgen des letzten Winters auf dieser Höhe halten, trotz aller Mühe der Zeit. Es handelt sich bei der Aufführung dieses ergreifenden und lebenswichtigen Werkes um eine Tat, die die Gemüter aufrütteln wird.

Vielefeld, 3. August. Die funktentelegraphische Anlage beim hiesigen Telegraphenamt ist mit dem heutigen Tage in Betrieb genommen worden.

Vielefeld, 3. Aug. Die Kriminalpolizei hat einen Kautionsrückwinder, der unter dem Namen Kubber Landwirtschaftliche Beamte nach einer Insel Madagaskar bei Java sucht, festgenommen. Der angebliche Kubber, der jetzt hauptsächlich Walter Wessel zu heißen, hat nach Schriftstücken, die bei ihm gefunden wurden, den Stellungsuchenden Kautionen in Höhe von 5000 bis 10 000 M abverlangt. In einigen auswärtigen vorgekommenen Fällen scheinen ihm die verlangten Beträge gezahlt zu sein.

Lippische Freistaaten.

Bad Salzungen, 3. Aug. Im Unterhaltungssaale findet heute, Mittwoch, abend ein „Lustiger Abend“ des bekannten Vortragskünstlers Senff-Georgi statt. Donnerstag, nachmittags 4 Uhr wird im Kurpark der aus 20 Herren bestehende Dortmunder Quartett-Verein ein Viederkonzert veranstalten. Zwei junge Kölner Tanzkünstlerinnen, Frä. Vore Mann und Martha Brandst, sind für einen Tanzabend für Freitag, den 6. August, verpflichtet worden.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Minteln, 3. August. Wegen schwerer Urkundenfälschung wurde am Mittwoch der früher bei der hiesigen Kreiskostenstelle beschäftigte Kaufmann B. verhaftet. Die Angelegenheit hängt, wie die Schaumburger Zeitung schreibt, zusammen mit der seinerzeit in Gesslich-Obendorf erfolgten Beschlagnahme von 25 Zentnern Weizen, die verschoben werden sollten. B. wurde damals von seinem Amte in der Kreiskostenstelle entbunden. Ein vom Bucheramt in Rassel nach Minteln entsandter Kriminalbeamter hat weitere Ermittlungen angestellt, deren Ergebnis sehr belastend für B. war. Er wurde wegen Fälschung von Saattarten verhaftet und dem Gericht zugeführt.

wtb. Braunschweig, 3. August. Der Braunschweiger Staat hat, wie die Blätter melden, für 35 Jahre ein Ausbeutungsrecht auf 250 Morgen Torfmoor im Kreise Gifhorn erworben. Der Torf soll zum Selbstkostenpreise mit einem mäßigen Gewinnzuschlag an die Gemeinden abgegeben werden.

Bochum, auf 43 Periode Spieler wurde

Duisburg, lungen, den 2. Helfersbessern Köln festgenommen, Gast genommen, festgenommen, Markt und ein Beschlagnahme.

Köln, retten hat im tigen Umfang dadurch verlor die Bewohner, die Schmutz, die Schmutz, unterliegen in wärtig ummünungen und d, abhebt. Weg Schmutzgerwe Grenze geschle

Köln, 3. derte ein Wag den. Einer de

Preslau, gegen eine Mi zu großen De zum Kurhaus, Kurhaus und sofort verlassen, fäle des Ruche Reiter des Sal, Befunden inne, Tagen den R, Greiffenberg, und im Steine wurden die L

Berlin, 3. Raufste, die toski, verhaft, natürlich ihr, Besitz großer G, Fälschungen z, hiesigen Groß, an, das diese, Dann hoch Jan, beide teilten, Prüfung der, Sie hatten das, Sie sind gesta, vorgeführt.

wtb. Sond, vdnemortfch, Sonderburger, Ragen ohne G

wtb. Kairo, aps, der einer, anrichtete.

wtb. Brau, heute Vespredi auf der Grund, Sonnabend, de, selbsterverle, und von den, Brau, bereits i, Handeln muflos, lungen zwische, Schlichtungsau, nach Betrieben, wieder argen

wtb. Köln, Transportarbe, anhaft, die für, verlegen und, hatten. Sämtl, Rediglich die, und pünktlich, für die Ghaus

wtb. Stin, vommern mit, Kraft. Sämtl, Straßend sind, getreten. Der, übergegriffen, schaft gegen, gen können ni, ergebnislos ver

Ausich, Frankfurt, Tagen bei den, werken (vom, Hande mit d, auf 44stündige, Steuerabzuges, drang eine Sch, derte mehrere, wurde ziemlich, einen Schädels, zum Teil zerst

wtb. Stetti, etwa 70 Mann, lagers Altdam, in das Lager, mehrer mitgen, neie das Feuer, fortwarfen und, wurden von ih

wtb. Seba, ergie't aus Bif, der Feuerung

bekanntlich mit
n und Ehrver-

Arbeitsmini-
vergeßes aus-
der zur Förde-
1920 von allen
er Abgabe steht
nen zu der Ab-
Ertrages der
es besonderen
am 1. Januar
die bayerische
r und verlangt
des Gesetzgebung

Es wird da-
do VI in Mün-
wirtschaft aus
wa 800 Pferde
zugegeben. Die
Landwirt die
bezw. der Po-
vorlegt, und zu
gehen werden
Ferden müssen
b in Münster

emwild (Hähne
Kinden in die-
Bäckerinnungen.
tag des Zweig-
utlicher Bäcker-
att. Auf der
schaffliche Lage
wirtschaft, das
Aufhebung des
ndlichem Mehl

stippfild
assistent Wa-

schreibt uns:
ische Orchester,
Streich-Konzert
Vortragsfolge
er bestens be-
nstrufter Ludwig
sichtigen. Herr
7 von Verlois
nem herrlichen

er Musikverein
er Woche. Der
Komponisten
die Krauffüh-
onisten erlebte-
den" von Wal-
der Komponist
Mitgliedern des
lich lassen sich
tigen Erfolge
roß aller Nöte
dieses ergre-
at, die die Ge-

phische Anlage
heutigen Tage
gei hat einen
Rubber land-
oera bei Java
r, der jetzt be-
Schriftstücken
uchenden Rau-
verlangt. In
neinen ihm die

en.
ngsaale findet
des bekannten
unterstag, nach
20 Herren be-
Biederfongert
künftlerinnen.
ind für einen
sichtigt worden.

er Welt.
fällung wurde
lenstelle beschä-
hängt, wie die
er feinerzeit in
Zentrum Wei-
als von seinem
Wucherante in
hat weitere Er-
nd für W. war-
sahet und dem

iger Staat hat
utungsrecht auf
nen. Der Dorf
winzigschlag an

Böckum, 3. August. Die Polizei hob hier zwei Spielhölle auf. 43 Personen wurden festgesetzt, 3 davon verhaftet. Bei einem Spieler wurden 37 000 M. beschlagnahmt.

Duisburg, 3. August. Der hiesigen Kriminalpolizei ist es gelungen, den Millionenschwindler Hilgert, der im Verein mit seinen Helfershelfern verschiedene Firmen um Millionenbeträge presste, in Köln festzunehmen. Mit ihm wurden weitere acht Personen in Haft genommen, die sich an den Schiebungen und Betrügereien des Hilgert mehr oder weniger beteiligt haben. Bei einem in Köln festgenommenen Missetäter wurde noch eine Geldsumme von 150 000 Mark und ein Bankguthaben über 50 000 Mark von der Polizei beschlagnahmt.

Köln, 3. August. Der Geheimhandel mit ungeänderten Zigaretten hat in einer Anzahl Städte Westdeutschlands einen derartigen Umfang angenommen, daß unzählige Millionen dem Reich dadurch verloren gehen. Zwischen Kalken und Aachen leben die Bewohner einzelner Ortschaften fast ausschließlich von diesem leichtfertigen Handel. In Aachen bis zu 300 Personen überschreiten die Schmuggler die Grenze, wobei es häufig zu schweren Kämpfen zwischen Schmugglern und Zollbeamten kommt, bei denen letztere unterliegen müssen. Eine Vermehrung der Grenztruppe ist gegenwärtig unmöglich, da die Grenzbeobachtung die Abgabe von Wohnungen und den Verkauf von Lebensmitteln an Zollbeamte energisch ablehnt. Gegenwärtig finden Verhandlungen statt, wie dem Schmugglerwesen gesteuert und eine ausreichende Bewachung der Grenze gesichert werden kann.

Köln, 3. August. Auf dem Güterbahnhof Köln-Görden explodiert ein Waggon Benzol, wodurch mehrere Personen verletzt wurden. Einer der Verunglückten ist seiner Verletzungen erlegen.

Freisau, 3. August. Im Anschluß an eine Protestversammlung gegen eine Milchpreissteigerung kam es in Freisau in Schüssen zu großen Demonstrationen. Plötzlich wurde der Ruf laut: „Auf zum Rathaus Alter Vater!“ Mehrere 100 Personen zogen zum Rathaus und verlangten, daß alle Kriegsgewinnler den Kurort sofort verlassen. Die Demonstranten drangen dann in die Spinnerei des Rathauses ein und schlepten alle Lebensmittel fort. Dem Leiter des Sanatoriums wurde die Forderung übermietet, daß die Patienten innerhalb 24 Stunden und die Kranken innerhalb fünf Tagen den Kurort verlassen sollen. Die Menge zog dann nach Freisau, wo sie im dortigen Friedhofskrankenhaus, wie im Annahof und im Stefaniehotel dieselben Szenen wiederholten. Überall wurden die Lebensmittelvorräte weggeschleppt.

Berlin, 3. August. Wegen Bankfälschungen wurden zwei junge Kaufleute, die 23 Jahre alten Willy Trautmann und Herbert Jantowski verhaftet. Beide führten ein flottes Leben, und so reichte natürlich ihr Einkommen bei weitem nicht aus. Um sich in den Besitz großer Geldmittel zu setzen, kamen sie überein, sich diese durch Fälschungen zu verschaffen. Jantowski legte bei der Fälliale einer hiesigen Großbank, bei der Trautmann angestellt war, ein Konto an, das dieser durch Anbringen mehrerer falscher Banknoten, dann hob Jantowski darauf nach und nach 130 000 M. ab, die sich beide teilten. Am Sonntag kamen die Fälschungen durch eine Prüfung der Bücher ans Tageslicht, und beide wurden verhaftet. Sie hatten das ganze Geld bis auf einen kleinen Rest durchgebracht. Sie sind geständig und wurden heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Wth. Sonderburg, 3. August. Der bisherige deutsche Stadtverordnetenortsführer, Nestor Koopmann, ist von den Dänen aus dem Sonderburger Stadtdienst ohne Angabe von Gründen binnen zwei Tagen ohne Gehalt entlassen worden.

Wth. Kairo, 2. August. In Damaskus brach eine große Brand aus, der einen Schaden von etwa einer halben Million Pfund anrichtete.

Der Streik-Laumel.

Wth. Braunschweig, 3. August. Im Landarbeiterstreik fanden heute Besprechungen zwischen den Vertretern beider Parteien statt auf der Grundlage des Beschlusses des Schlichtungsausschusses vom Sonntag, der eine 30proz. Lohnsteigerung empfahl. Da die Arbeitgebervertreter diesen Satz wiederum als zu hoch bezeichneten und von den Arbeitervertretern die angebotene Erhöhung von 20 Proz. bereits früher abgelehnt worden war, erschien weiteres Verhandeln nutzlos. Der Minister empfahl nunmehr direkte Verhandlungen zwischen beiden Seiten auf Grund des Gutachtens des Schlichtungsausschusses in den einzelnen Betrieben. In einer Anzahl Betrieben ist die Arbeit infolge örtlicher Einigung bereits wieder aufgenommen worden.

Wth. Königsberg, 3. August. Der unvermindert andauernde Transportarbeiterstreik hat das Meßamt der Stadt Königsberg bedrängt, die für den 15. August angekündigte deutsche Ostmesse zu verschieben und nunmehr vom 26. September bis 1. Oktober abzuhalten. Sämtliche Vorbereitungen waren bis ins kleinste getroffen. Redigiert die Unmöglichkeit, die Ausstellungsbesucher reibungslos und pünktlich nach dem Messegelände zu überführen, war bestimmend für die Verschiebung des Messtermins.

Wth. Schweinfurt, 3. August. Seit heute verlagert in ganz Vorwommern mit den zahlreichen Offizieren das elektrische Licht und Kraft. Sämtliche Arbeiter und Beamten der Ueberlandzentrale Straßburg sind wegen verweigerter Lohnforderungen in den Streik getreten. Der Streik hat auch auf die Betriebswerke Schweinfurt übergegriffen, jedoch sämtliche Baderie der Umgebung in Mitteleuropa gezogen sind, desgleichen auch das Wasserwerk. Die Zeitungen können nicht erscheinen. Alle bisherigen Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen.

Ausbreitung bei den Molerwerken in Frankfurt.

Frankfurt, 2. August. Ein ähnlicher Vorfall wie vor einigen Tagen bei den Höchster Farbwerken trug sich heute bei den Molerwerken (vorm. Kleber) in Frankfurt zu. Die Geschäftsleitung verhandelte mit dem Betriebsrat über eine neue Arbeiterforderung auf 44wöchentliche Arbeitszeit und Abwälzung des 10proz. Steuerabzuges auf das Werk. Während noch verhandelt wurde, drang eine Schar Arbeiter in das Direktionsgebäude und mißhandelte mehrere Direktoren und Geschäftsführer. Direktor Sauerbach wurde ziemlich schwer verletzt ins Krankenhaus geschafft; er soll einen Schädelbruch erlitten haben. Die Direktionsräume wurden zum Teil zerstört.

Verstärkter Waffenraub.

Wth. Stettin, 3. August. In der Nacht zum Sonntag griff eine etwa 70 Mann starke Bande die Wachtposten des Kriegsgefangenenlagers Mdam an. Bemächtigte sich ihrer Gewehre und drang in das Lager ein, aus dessen Waffenkammer noch weitere 20 Gewehre mitgenommen wurden. Die Hauptwache des Lagers erschloß das Feuer und vertrieb die Eindringlinge, die die Gewehre fortwarfen und entflohen. Nur die 15 Gewehre der Wachtposten wurden von ihnen mitgenommen.

Teuerungsumwahlen in Portugal.

Wth. Sebastian, 2. August. Der spanische Minister des Äußern erhielt aus Lissabon ein Telegramm, wonach in Santaren infolge der Teuerung Unruhen ausgebrochen seien. Die Läden wurden

geplündert und viele Verhaftungen vorgenommen. Die Polizei stellte die Ordnung wieder her.

Hausdurchsuchung durch Entente-Offiziere. Uebergriff englischer Kontroll-Offiziere.

Ein Vorfall, der noch der Aufklärung bedarf, hat sich am Freitag in der Villa des Juweliers Werner in Dahlem zugetragen. Dort erschienen zwei englische Offiziere in Begleitung eines deutschen Offiziers, der sich als Leutnant z. See Döring vorstellte und erklärte, die Engländer seien Mitglieder einer Ententekommission und beauftragt, in der Villa nach Waffen zu suchen. Sie hatten weder Ausweis noch schriftlichen Befehl bei sich. Leutnant Döring erklärte aber, er sei den Herren zugeteilt, und die Durchsuchung sei gesetzlich. Werner, der in seinem Berliner Geschäft war, wurde telephonisch gerufen. Er erklärte, er habe allerdings Waffen der Dahlemer Einwohnerwehr im Hause gehabt, habe sie aber bereits abgeliefert und wies die Rüttung vor. Die Engländer bestanden auf ihrem Verlangen und drohten mit gewaltsamer Öffnung der Räume des Hauses. Das nötige Handwerkzeug hatten sie mitgebracht. Werner fügte sich unter Protest, und die Engländer durchsuchten sämtliche Räume und öffneten alle Schränke, ohne Waffen zu finden. Einige Stahlhelme, die noch vorhanden waren, erklärten sie für beschlagnahmt.

Der Interalliierten Kommission in Berlin ist von dem Vorfall nicht bekannt. Das Betreten von Privathäusern ist den Mitgliedern der Kommission lediglich in Begleitung eines vom Polizeipräsidenten bestimmten Beamten gestattet. Falls sich der Vorfall so zugetragen hat, wie er sich nach den bisherigen Zeitungsmeldungen darstellt, so ist nach der Auffassung der maßgebenden Kommissionenmitglieder inoffiziell verfahren worden. Der Vorgang wird nachgeprüft und es soll auch grundsätzlich entschieden werden, unter welchen Voraussetzungen Mitglieder oder Beamte der Kommission Privathäuser betreten dürfen.

Was unsere Leser sagen.

(An dieser Stelle veröffentlichen wir Zusendungen aus unserem Leserkreise, für welche wir eine Verantwortung nicht übernehmen.)

Aus dem amtlichen Sprachhag.

1. „Eisenbahnübergänge.“ Welch ein herrliches Wort! Welch schöpferische Kraft spricht aus dem einen Wort, welche Klangfülle, welcher Rhythmus! Es stammt aus einer Landrätlichen Veröffentlichung vom 22. Juli 1920. Ich sehe in den Wörterbüchern nach, den neuesten, — nicht zu finden dieses herrliche Wort. Also eine totale Neuschöpfung.

2. Der Herr Landrat hat festgestellt, daß die „Eisenbahnübergänge der Nebeneisenbahnen u. Kleinbahnen durch „hierzu angestellte Personen“ nicht bewacht werden. Warum meldet der Herr nicht sofort der Behörde, daß die „hierzu angestellten Personen“ offenbar ihre Pflicht verümen! Oder sollte er vielleicht meinen, daß zur Bewachung eben keine Personen angestellt sind? Dann hätte er aber doch gut getan, das auch zu schreiben. M.

Bei der neuen Ausgabe der Vierteljahresrechnungen für die Landkrankenkasse der Stadt Herford ist bei vielen Mitgliedern der hohe Betrag aufgefallen. Durch Nachfrage bei der zuständigen Stelle wurde dem Schreiber dieses der Bescheid, daß für seinen Haushalt seit dem 1. Januar 1920 Hausangestellte in den Listen geführt wurden. Der Empfänger weiß bestimmt, daß beim Wechsel ein Formular für An- und Abmeldung persönlich ausgefüllt abgegeben wurde, trotzdem läßt sich die Krankenkasse auf nichts ein. Um derartige Uebelstände zu beseitigen, wäre es empfehlenswert, wenn über jede Abmeldung eine Bescheinigung ausgestellt würde. Ein Bürger.

Margarine.

Vielbegehrte, jetzt Bekehrte,
endlich bist du wieder frei.

Margarine.

hänzlich Glücke kehrt zurücke,
weil du stellst nun dich ein.

Margarine.

Mutterforgen schon am Morgen
schlichen sie sich leise ein.

Margarine.

doch nun weicht sie und befreit sie
deine fetten Wiederkehr.

Margarine.

gelbe, fette und so nette,
öffne du den freien Weg.

Margarine.

nicht nach Butter fragt die Mutter,
weil du füllst das Butterfaß. Ziele.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:	3. Aug.		2. Aug.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	1458,50	1471,50	1438,50	1441,50
Brüssel-Antwerpen	345,65	346,35	344,65	345,35
Christiansburg	674,80	675,70	661,80	663,20
Kopenhagen	679,30	680,70	661,80	663,20
Stockholm	911,60	913,40	893,10	894,90
Göteborg	152,30	152,70	149,80	150,20
Oslo	229,75	230,25	225,75	226,25
London	161,80	161,70	157,55	157,95
Paris	42,70	43,80	42,25	42,35
Berlin	323,65	323,35	322,65	323,35
Schweden	729,25	730,75	715,25	716,75
Spanien	656,85	658,15	644,35	645,65
Wien (alt)	24,34 1/2	24,40 1/2	24,72	24,78
do. (neue)	24,09 1/2	24,15 1/2	23,97	24,03
do. (neue)	84,50	84,70	84,50	84,70
Budapest	24,31 1/2	24,40 1/2	24,22	24,28

Kohlenförderung im Ruhrgebiet. Ueber die Kohlenförderung des Ruhrgebiets werden folgende Zahlen bekannt:

	Kohlen:	Koks:	Briketts:
am 20. Juli	305 258 t	51 447 t	13 088 t
" 21. "	268 151 t	56 570 t	18 088 t
" 22. "	268 516 t	57 578 t	12 121 t
" 23. "	302 446 t	56 486 t	12 614 t
" 24. "	243 010 t	61 840 t	11 856 t
" 25. "	247 984 t	100 710 t	12 681 t
" 26. "	302 708 t	60 435 t	12 828 t
" 27. "	358 803 t	58 529 t	12 171 t
" 28. "	280 481 t	58 609 t	11 929 t

Demnach berechnet sich für diese 9 Tage die Kohlenförderung auf 2 567 467 t, die Koksproduktion auf 568 304 t und die Brikettproduktion auf 112 456 t.

Freigabe von Seifenpulver. Mit 1. August wird Seifenpulver wieder ohne Karten an die Verbraucher abgegeben, ebenso kommen die Bezugsscheine für Industrieseife in Fortfall. Die Abgabe von Seife, für den gewerblichen Bedarf bestimmtem Seifenpulver darf jedoch nicht ohne Zustimmung des Ueberwachungsausschusses der Seifenindustrie erfolgen.

Keine Kohlenpreissteigerung. Die ursprüngliche Forderung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats, die auf eine Erhöhung der Steinkohlenpreise um 25 M die Tonne hinauslief, war, wie erinnerlich, vom Reichskohlenrat auf 9 M die Tonne herabgemindert worden. Auch hiergegen hatte das Reichswirtschaftsministerium Einspruch erhoben. Daraufhin bildete sich eine Kommission aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Verbrauchern, die dem Reichskabinett den Standpunkt der Bergbauinteressen nochmals darlegte. In dieser Besprechung wurde eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise, wie die D. Ztg. hört, abgelehnt.

Stand und Wachstum der Zuckerrüben. (Bericht des Vereins der Deutschen Zuckerrüben für die Zeit vom 24.—30. Juli). Provinz Sachsen: Stand und Wachstum der Zuckerrüben sind infolge des außerordentlich günstigen Wetters als sehr günstig zu bezeichnen. Hannover, Bezirke Lüneburg und Holftein: Die Rüben entwickeln sich nach wie vor recht günstig, durchdringender Regen recht bald erwünscht. Mecklenburg: Bei dem günstigen Wetter machen die Rüben Fortschritte; nach dem letzten Nadelanfall haben sie sich wieder erholt. Pommern: In vergangener Woche ging die Weiterentwicklung der Zuckerrüben normal vor sich.

Ueber die Lage des Holzmarktes teilt die J. F. Müller u. Sohn A. G. in Hamburg mit, daß sie sich im Laufe des Juli gegen den Vormonat wenig verändert hat. Die politischen Zustände wirken nach wie vor lähmend auf den Absatz, auch hat die Preisgestaltung nach dem Sturz im Frühjahr noch keine Stetigkeit aufzuweisen gehabt. In heimischen Wäldern haben nur geringe Umsätze stattgefunden. In Bezug auf ausländische Holz kann berichtet werden, daß das Angebot sowohl von Amerika wie von Afrika etwas lebhafter geworden ist, woraus geschlossen werden darf, daß die Erzeugung einen Grad erreicht hat, der erhoffen läßt, daß auch Deutschland alsbald wieder auf regelmäßigen Bezug der für viele Zwecke so unerläßlichen überseeischen Edel- und Nadelhölzer rechnen darf. Vereinzelt Sendungen sind auch für den Verkauf auf Besticht eingetroffen und eingelagert.

Konkurse im Juli. Die Zahl der neu eröffneten Konkurse spiegelt die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse deutlich wieder. Nachdem die Ziffer von 62 im April, auf 75 im Mai und 106 im Juni gestiegen war, ist sie im Juli nach der gewohnten Zusammenstellung auf 156 zu verzeichnen. Im Juli vorigen Jahres betrug die Ziffer 91.

Der Arbeitsmarkt in Groß-Berlin. Nach den Berichten des Statistischen Amtes der Stadt Berlin betrug die Zahl der bei 32 Verbänden der Freien Gewerkschaften gemeldeten Arbeitslosen am 21. Juni 37 884 und stieg bis zum 5. Juli auf 42 699. Die allgemeine Verschlechterung der Lage des Groß-Berliner Arbeitsmarktes tritt von Tag zu Tag mehr in die Erscheinung: die Zahl der Arbeitslosen steigt, während das Arbeitsangebot für den größten Teil der Berufsgruppen weiter zurückgeht. Die Zahl der Empfänger von Erwerbslosenunterstützung stieg von 33 058 (24. Juni 1920) auf 34 284 (1. Juli 1920) gegen 31 145 am 17. Juni.

Deutsche Ostmesse Königsberg. Die Zahl der ausstellenden Firmen auf der ersten Deutschen Ostmesse beträgt ca. 1200. Die vorliegenden Anmeldungen belaufen sich auf fast 2000. Die preussische Regierung hat zur Förderung der Messe einen Kostenbeitrag von 100 000 M. bewilligt. Dem Reichsbeirat des Meßamts ist jetzt auch Dr. Faber, Vorsitzender des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, beigetreten.

Schwierigkeiten in der belgischen Industrie. Nach einem Bericht der Telegraphen-Union aus Brüssel erklärte der belgische Arbeitsminister, daß die zunehmende Krise in der belgischen Industrie die Besorgnis der Regierung hervorgerufen habe, und daß besondere Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit getroffen werden müßten. In Verviers ist die Arbeit in den Fabriken um 20 bis 50 Proz. eingeschränkt worden. In der Wäffeler Industrie müßten zwei freie Tage in der Woche eingeführt werden; man erwägt, die wöchentliche Arbeitszeit auf 35 Stunden zu verringern. Die Krise erstreckt sich auf die Diamant-Industrie, Zucker- und Schokoladenfabriken, Textilindustrie, Baugewerbe- und Ziegelindustrie. Die Ziegeleien verfügen zwar noch über große Steinvorräte, doch sind diese zur Zeit infolge des Preisrückganges unverkäuflich. In Flandern dehnt sich die Krise in den Oelfabriken, der Tabakindustrie und bei den Spitzenarbeitern aus. In Gent können die Webereien ihre Betriebe nur zu 50 Proz. aufrechterhalten. Von 400 Blumenzuchtzeilen sind 160 geschlossen. In den Gerbereien und Schuhfabriken nimmt die Arbeitslosigkeit ebenfalls fortwährend zu. Der Arbeitsminister betrachtet es als ein Hilfsmittel, die Krisis abzuwenden, wenn die Preise verringert werden können, damit die allgemeine Kaufkraft wieder angeregt wird. Dazu sei erforderlich, daß die Fabrikanten und Händler ihre äußerst hohen Gewinne einschränken.

Vom Diamantenmarkt. Nach der Times ist die Marktlage ungünstig geworden infolge Aufhörens der Käufe für Kapitalanlagen, der Einschränkung für die Einfuhr nach Frankreich und der schwankenden Devisenkurse. In Antwerpen wie in Amsterdam zeigt sich nur ganz geringe Nachfrage für geschliffene Steine. Aber bis jetzt haben noch keine Zwangsverkäufe stattgefunden und der Preis für Rohdiamanten hat sich gut behauptet. Die holländischen Schleifereien leiden besonders infolge des Umstandes, daß der niedrige Kurs des belgischen Francs das Schleifen in Belgien verbilligt. In Amsterdam sind gegenwärtig über 7000 Arbeiter beschäftigungslos. Gleichzeitig mit dem durch das Einfuhrverbot veranlaßten Aufhören der Käufe von Paris, das in der letzten Zeit einer der größten Käufer war, ist auch die amerikanische Nachfrage zurückgegangen.



Schuhputz
Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Herforder Zeitung

Bezugspreis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Postgebühren. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 53 und 194
Postfachkonto Nr. 5796
Schiedamshausen

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalte 20 Pfennig oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 181. (Zweites Blatt.)

Herford, Mittwoch, den 4. August 1920

38. Jahrgang.

Wie wird Preußens Verfassung?

Von Dr. med. Struve, Kiel.

Mitglied des Verfassungs-Ausschusses.

Die erste Lesung der preussischen Verfassung ist im Ausschuss beendet: die Abschlüsse sind zusammengefasst und werden in diesen Tagen veröffentlicht. Die Fraktionen werden erst Mitte September zu den Einzelheiten Stellung nehmen können. Sie werden dem Ausschuss genaue Richtlinien für die zweite Lesung geben müssen, wenn die Erledigung der Verfassung im Plenum glatt von statten gehen soll. Naturgemäß sind bis jetzt weder die einzelnen Parteien noch die unschrittenen Bestimmungen festgelegt.

Gestalt und Schicksal der Verfassung ist noch zu beeinflussen: hoffentlich auch durch eine recht lebhaft Kritik der gesamten Öffentlichkeit!

Hierzu möge eine kurze Zusammenfassung einiger unserer Beschlüsse beitragen.

Auch in der Republik Preußen ist die Gesamtheit des Volkes Träger der Staatsgewalt. Das Volk äußert seinen Willen unmittelbar durch die Volksabstimmung in ihren drei Formen: Volksbegehren, Volksentscheid und Volkswahl. Ein Volksbegehren kann sich richten zunächst auf Änderung der Verfassung und auf Auflösung des Landtages, dann auf Erlass, Änderung oder Aufhebung von Gesetzen. Hierbei braucht nur ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten einen diesbezüglichen Antrag an das Staatsministerium zu richten, sonst muß es ein Fünftel von ihnen tun. Ein Volksbegehren ist unzulässig über Finanzfragen, Abgabengesetze und Befoldungsordnungen.

Ein Volksentscheid findet auf ein Volksbegehren hin statt und nach anderen später zu erörternden Bestimmungen der Verfassung (Staatsrat). Der Volksentscheid ist aber nur dann rechtskräftig, wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten sich an ihm beteiligt. Er erbringt sich von selbst, wenn der Landtag von sich aus dem Volksbegehren stattgegeben hat. Bei Verfassungsänderungen muß ebenso wie beim Antrag auf Auflösung des Landtages die Mehrheit aller Stimmberechtigten sich bejahend ausgesprochen haben. Sonst entscheidet die einfache Mehrheit.

Das Verfahren bei Volksbegehren wird dann wie bei Volksentscheiden durch besondere Gesetze geregelt werden. Der Landtag wird nach der Verhältniswahl von allen über 20 Jahre alten deutschen Reichsbürgern gewählt. Die ihren Wohnsitz in Preußen haben. Soldaten sind nicht wahlberechtigt. Der Landtag wird auf 4 Jahre gewählt: Die Neuwahl muß vor dem Ablauf dieser Zeit erfolgen.

Spätestens am 30. Tage nach seiner Neuwahl hat der Landtag zusammenzutreten; im übrigen beginnt er in jedem Jahre am zweiten Dienstag im November seine Tätigkeit am Sitz der Regierung. Sein Präsident muß

ihn aber früher berufen, wenn das Staatsministerium oder ein Fünftel seiner Mitglieder dies verlangen. Der gleiche Bruchteil kann Untersuchungsausschüsse einberufen, denen Gerichte und Verwaltungsbehörden in Sachen Beweiserhebungen, Verlegen von Akten usw. Folge zu leisten haben.

Die Vollziehungen des Landtages sind öffentlich. Fünftzig Abgeordnete können den Ausschluß der Öffentlichkeit beantragen, der von einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden muß. Wie der Landtag, so kann jeder seiner Ausschüsse die Anwesenheit jedes Mitglieds verlangen. Diese hingegen können, ebenso wie ihre Beauftragten, jederzeit, auch außerhalb der Tagesordnung, das Wort ergreifen: sie unterliegen aber der Ordnungsgewalt des Präsidenten.

Ein ständiger Ausschuss des Landtages wahrt die Rechte der Volksvertretung gegenüber der Regierung für die Zeit, wo der Landtag nicht oder nicht mehr oder noch nicht wieder vollständig verammelt ist. Der Landtag stellt die Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts fest; er stellt die Grundzüge für die Verwaltung des Staates auf, er überwacht deren Ausführung. Auch Staatsverträge, die sich auf Gegenstände der Gesetzgebung beziehen, bedürfen seiner Genehmigung.

So etwa der Grundriss im „Rohbau“.

Geschäftsstockung und Betriebsstilllegung.

Ein Mitarbeiter der „P. P. N.“ hatte Gelegenheit, sich mit dem Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Prof. Dr. Hirsch, zu unterhalten über die zurzeit herrschende Geschäftsstockung und die teilweise durchgeführten Betriebsstilllegungen. Auf die Frage nach den Gründen der gegenwärtigen Geschäftsstockung erklärte der Herr Staatssekretär:

In Deutschland sind zwei Gründe wirksam. Den einen, der international in Erscheinung tritt, kann man mit dem Worte „Käuferstreik“ kennzeichnen; der andere, spezifisch deutsch, beruht auf der Valutabesserung. Der Käuferstreik ist international betrachtet, ein Nachlassen der Kaufkraft gegenüber der Preissteigerung, die der Einkommensteigerung weit vorausgeeilt ist. Schon jede Lohnsteigerung, der eine Leistungssteigerung nicht gegenüber stand, und die durch eine Preissteigerung nicht ausgeglichen wurde, mußte eine Preissteigerung zur Folge haben. Diese gingen über die Lohnsteigerungen hinaus, da bei der Hochkonjunktur, die wir hatten, auch der Unternehmensgewinn gleichzeitig erhöht wurde. So sind die Preise schnell und stark über die Kaufkraft der großen Massen hinausgeschossen. Die daraus sich ergebende Geschäftsstockung wurde noch verschärft durch die Meinung, daß sich die Preiskurve sehr

bald nach unten biegen müsse. Für Deutschland kam dann noch die Valutabesserung dazu.

Während in früheren Krisenzeiten eine Geschäftsstockung eine Selbstreinigung der Wirtschaft bedeutete, indem der Preis sich schnell so weit senkte, bis die Grenze der Kaufkraft wieder erreicht war, erleben wir jetzt einen anderen Verlauf. Früher kam erst der Konkurs und dann die Arbeiterentlassungen; heute kommt zuerst die Arbeiterentlassung und noch lange kein Zusammenbruch. In früheren Krisen zwangen Verschmelzungen, die Geldbeschaffung nötig machten, ferner Rücksicht auf den Kundenkreis, damals eines der größten Attributa eines soliden Kaufmanns, und drittens der Druck der sogenannten „Stilliegekosten“ zu billigem Verkauf. Denn unter Friedensverhältnissen war es mitunter richtiger, ohne Gewinn, ja selbst mit erheblichen Verlusten, zu arbeiten, weil das Stillstehen der Anlage durch Amortisation, Abschreibungen und sonstige weiterlaufende Gemeinkosten teurer zu stehen kam, als ein Weiterarbeiten mit Verlusten. Das hat sich heute geändert. Der Verlust einer festen alten Kundschaft ist in den letzten Monaten, da man sich um die Waren rü, gleichgültig geworden. Wechselverpflichtungen im alten Sinne laufen nicht mehr, da das ganze Geschäftsleben sich auf Vorauszahlung eingestellt hatte und so an Stelle des Wechselkredits der Bankkredit getreten ist, bei dem ein höheres Interesse beider Teile vorliegt, am Warenlager einer allzu großen Verlust zu vermeiden. Der Druck der Stilliegekosten ist nicht im entferntesten so stark wie vor dem Kriege. Diese betrugen damals z. B. für ein Paar Schuhe im Preise von 10 bis 12 Mark 2 bis 3 M., also 25 Proz. des ganzen Preises; heute machen sie hochgerechnet 15 bis 20 M. aus. Wird aber weiter fabriziert, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß der Unternehmer an jedem Paar Stiefel unter Umständen 100 Mark verlieren kann.

Als Mittel der Regierung zur Besserung der Lage, die auf lange Sicht anzuwenden sind, kommen in Frage die Valutastabilisierung und eine Betriebsumgruppierung. Für die Stetigkeit unseres Wirtschaftslebens kommt es weniger auf die absolute Höhe der Valuta an, als darauf, daß nicht fortgesetzte Schwankungen immer wieder die Grundlagen kaufmännischer Berechnung zerschneiden. Doch kann diese Stetigkeit unserer Valuta nur erreicht werden, wenn für das deutsche Volk Klarheit besteht über die Leistungen aus dem Friedensvertrag. Eine gewisse Gleichmäßigkeit im Stand unserer Valuta in den letzten Monaten verdanken wir der Devisenbeschaffung, die den deutschen Bedarf an Auslandswährungen der Wirtschaftsstellen und Selbstverwaltungskörper deckte, wobei im Zusammenwirken mit der Reichsbank die Schwankungen im kleineren einigermassen ausgeglichen werden konnten. Einem weiteren wesentlichen Schritt vorwärts hoffen wir durch die Gründung einer gemeinwirtschaftlichen Bank zu

Im Schillingshof.

Roman von E. Marlitt.

14) Er antwortete nicht. Ihm, für den sonst die übermütige Selbstvertrauen der Geliebten ein Quell beruhigender Melodien war, ihm floß ihr Geplauder in diesem Augenblick unverständlich und wirungslos am Ohr hin — der Schmerz über die stattgehabten Auftritte mit seiner Mutter und die schwere, unfähig bange Sorge, wie es nun werden sollte, stürzten durch seine Seele.

Sie gingen unter dem tief niederhängenden Gewitterhimmel hin, von dem sich bereits einzelne, schwer auf dem Pflaster zerfallende Regentropfen lösten. Ein heißer Brodem füllte die menschenleere Straße, an deren äußerem Ende eben die erste Gaslampe aufleuchtete. Trotz der einbrechenden Nacht sah man hinter dem herrlichen, alten Eisengitter des Schillingshofes die bleiche Verhüllung der Sandwege und die mächtigen Pflanzentöpfe voll großblütiger, feuriger Blüten im Vordergrund des eleganten Rasenparties.

Das war freilich ein anderer Eingang als auf dem Klostergut — die junge Dame sog in tiefen Zügen die gewohnte vornehme Lebensluft ein — sie fühlte sich wieder in ihrem Element. Der schweigende Mann an ihrer Seite ging ihr viel zu langsam — sie hätte das Rasenrund umfliegen mögen, um so schnell wie möglich wieder Parfett unter den Sohlen und schwebende Laster über dem Rocktopf zu haben. Da stockte ihr Fuß plötzlich — dicht am Wege, unter einer Tarnschleife geduckt, tauchte ein kleines Mädchen.

Was tust du da, Kind? fragte die junge Dame.

Es erfolgte keine Antwort.

Felix bog sich nieder und erkannte in der Kleinen, die sich schon noch tiefer in das Gebüsch wühlte, Adams Tochterchen.

Du bist's, Hanneken? fragte er. Ist dein Vater wieder drin beim alten Herrn? — er zeigte nach dem Säulenhause.

Die Kleine weinte laut auf; aber sie antwortete nicht.

Ist dein Vater ausgegangen? fragte Felix noch einmal.

Ja — und er war so rot. Die Großmutter zankte mit ihm, weil er nicht mehr beim gnädigen Herrn ist — er war aber still

und hat nur gesagt, er hätte seine schmerzen Kopfschmerzen und wollte sich Tropfen in der Apotheke holen — und da wollte ich mitgehen, weil — sie verfluchte für einen Augenblick in Tränen aufgelöst — und das ist die Großmutter nicht; sie war böse und hat mir Schläge ausgegeben. Wie sie schließlich heraus.

Da bist du ohne Erlaubnis und laufst fortgelaufen? fragte Felix.

Ich war nur in der Engelapothete, antwortete sie, die dicke Frage umgebend, während sie die nackten Füße unter das kurze Röschchen zog; — aber sie sagten, der Vater sei gar nicht da gewesen.

So war er jedenfalls in einer anderen — geh nach Hause, Hanneken! mahnte der junge Mann. Dein Vater ist ganz gewiß schon wieder bei der Großmutter und wird sich um dich ängstigen.

Die Kleine richtete sich nicht von ihrem Plaze. Der Hausfriede muß gleich kommen; er geht um die Zeit die Abendwege, sagte sie mit abgewandtem Gesicht, deswegen bin ich hergelaufen; der hat den Vater lieb — der sucht ihn mit mir.

Aber es wird gleich regnen! rief Lucile. Schau, es fallen schon große Tropfen. — Sie schüttelte lächelnd den Kopf, als das Kind schweigend und unbeweglich in seiner lauernden Stellung verblieb und nur die nackten Kniechen unter die Schürze steckte.

Was für ein trostloses, kleines Ding! — Da, wickle dich hinein! jagte sie und warf ihr den Crepe-de-chine-Schal zu, der über ihrer linken Schulter hing; aber das kleine Mädchen rührte keine Hand, um das kostbare, weiche Gewebe heranzuziehen.

Und nun floss Lucile selbst, lachend und die Kleider zusammenfassend, dem Säulenhause zu; denn sie wollte sich nicht mit „windel-nassem Hanneken“ statt ihrer herrlich rollenden Cotten im Schillingshofe vorstellen.

7.

Felix zog die Hausglocke, und die mächtige Rundbogentür unter der Säulenhalle tat sich geräuschlos auf.

Ist Baron Arnold von Schilling zu Hause? fragte der junge Mann den Bedienten.

Ja, Felix! rief eine schöne, vollklingende Männerstimme aus dem nächsten Zimmer herüber, dessen Tür sich eben auf tat. Der Sprechende trat heraus, aber er fuhr bestürzt zurück, als Lucile wie eine Libelle auf ihn aufzog.

Oh, der Baron, was machen Sie für ein komisches Gesicht! lachte sie. Genau wie Felix — der stand auch wie Lot's Weib! Ihre lustig laute Stimme schallte wie Flötenton von den hohen polierten Steinwänden der Fuchshalle zurück.

Grüße von Mama und Großmama bringe ich Ihnen selbstverständlich nicht, denn — sie legte die Hand an den Mund, — denn ich bin durchgebrannt, müssen Sie wissen.

Baron Schilling sah tiefbetroffen und forschend über ihren Kopf hinweg in das Gesicht seines Freundes, das so bleich und verstört erschien.

Kann ich dich und deinen Vater für eine halbe Stunde allein sprechen? fragte Felix; in der liegenden Hast, mit der er sprach, malte die ganze Bedrängnis seiner Seele.

Komm, der Papa ist noch in seinem Zimmer, versetzte Arnold und wandte sich rasch nach den Gemächern seines Vaters.

Felix zögerte. Ich möchte dich bitten, vorerst Lucile bei deiner jungen Frau einzuführen.

Bei meiner Frau? — Das klang überrascht, verlegen, und auch, als müsse er sich erst etwas ganz Erstauisches zurechtlegen; aber schnell entschlossen setzte er hinzu, nicht ohne daß ein charakteristisches flüchtiges Lächeln seine Lippen umzog: Auch das, wenn du es wünschst, Felix! — Gehet wir!

Lucile schüttelte die Locken in den Nacken und hing sich vertraulich in den dargebotenen Arm des Baron von Schilling. Er führte sie, von Felix gefolgt, nach dem Korridor, der besser gefügt nach der Galerie, linker Hand, denn dieser Gang entsprach in seiner bedeutenden Ausdehnung dem entgegengekehrten, nach Süden hinlaufenden, in dem sichwärts eine breite, prächtig ausgeführte Wendeltreppe nach den oberen Stockwerken stieg. Zwischen den halbrundbogigen Fenstern, die sich hoch und weit wie Türen, nach dem Garten zu öffneten, vertieften sich Nischen in der Wand, die Vater Ambrosius, der Benediktinermönch, in nichts weniger als asketischer Verzückung, mit nackten Mamorgestalten der griechischen Götterwelt ausgefüllt hatte. Dieser Ausschmückung gemäß war auch später unter dem zugemauerten, imposanten Steinbogen der einst in das Klosterhaus führenden Tür eine Lustoongruppe aufgestellt worden.

(Fortf. folgt.)

zun, die das Kurrisiko durch Devisentermingeschäfte für gemeinwirtschaftliche oder gemeinnützige Warenbezüge abdeckt.

Das zweite langfristige Ziel, das zu erreichen bleibt, ist die Frage der Umgruppierung von Arbeitsmitteln und Arbeitskräften. Unser ganzes Bestreben muß dahin gehen, die volkswirtschaftliche Produktivität dadurch zu erhöhen, daß wir sowohl Betriebe als Arbeitskräfte so umgruppieren, daß sie den höchsten Nutzeffekt ergeben. Seit August vorigen Jahres sind nahezu 80 000 Arbeiter neu in den Kohlenbergbau gebracht worden. Neben dem Stein- und Braunkohlenbergbau wird auch die Landwirtschaft weiter ausgedehnt werden können und durch eine rationellere Organisation des Bauwesens, insbesondere durch straffere Bewirtschaftung der Baustoffe, werden auch hier die Arbeitsmöglichkeiten erhöht werden können. In Betracht kommen außerdem noch unsere Exportindustrien, so die chemische Industrie. Damit können Maßnahmen für augenblickliche Hilfe verknüpft werden. In der Reichsregierung besteht Einmütigkeit, daß Erwerbslosenunterstützung die schlechteste Form der Erwerbslosenfürsorge ist und daß jede Art der Arbeitsbeschaffung vorzuziehen ist. Zur Behebung der augenblicklichen Arbeitsnot kommen in Frage: Arbeitsvermittlung, Ausfuhrerleichterung und Auftragsvermittlung im Sinne der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Zur Arbeitsvermittlung eignet sich insbesondere der Ausbau der großen Verkehrswege: Mittellandkanal, Main-Neckar-Kanal und ähnliche Verkehrswege, die rasch in Angriff genommen werden müssen. Auch Leistungen für die Wiedergutmachung kommen da in Frage. Schwieriger ist die Möglichkeit, durch Ausfuhrerleichterung Arbeitsgelegenheit zu schaffen; denn eine Ausfuhrerlaubnis kommt für all die Waren, die im Inlande knapp sind, nicht in Frage. Es ist nun vorgeschlagen worden, durch einen großen Reichskredit die heutigen Gewerbebezüge, bei denen jetzt Arbeitsnot besteht, wieder in Gang zu bringen, sozusagen das Reich als Abnehmer und Risikoträger da einzutreten, wo die Privatinitiative versagt. Ganz abgesehen davon, daß die Finanzlage des Reiches ein solches Milliardenrisiko nicht erlaubt, halte ich einen solchen Weg nicht für gangbar, weil dann bei hochgehender Konjunktur jeder unbestimmt die Konjunkturgewinne einstreichen würde, bei tiefegehender aber das Reich ihn vor Verlusten zu schützen hätte. Dagegen ist der Weg der öffentlichen Auftragsvermittlung zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit vom Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministerium neuerdings beschritten worden in der sogenannten Piramidenaktion, wo es sich um ein Eingreifen der Reichsstellen in den Absatz und in die fernere Erzeugung der pfälzischen Schuhindustrie handelte.

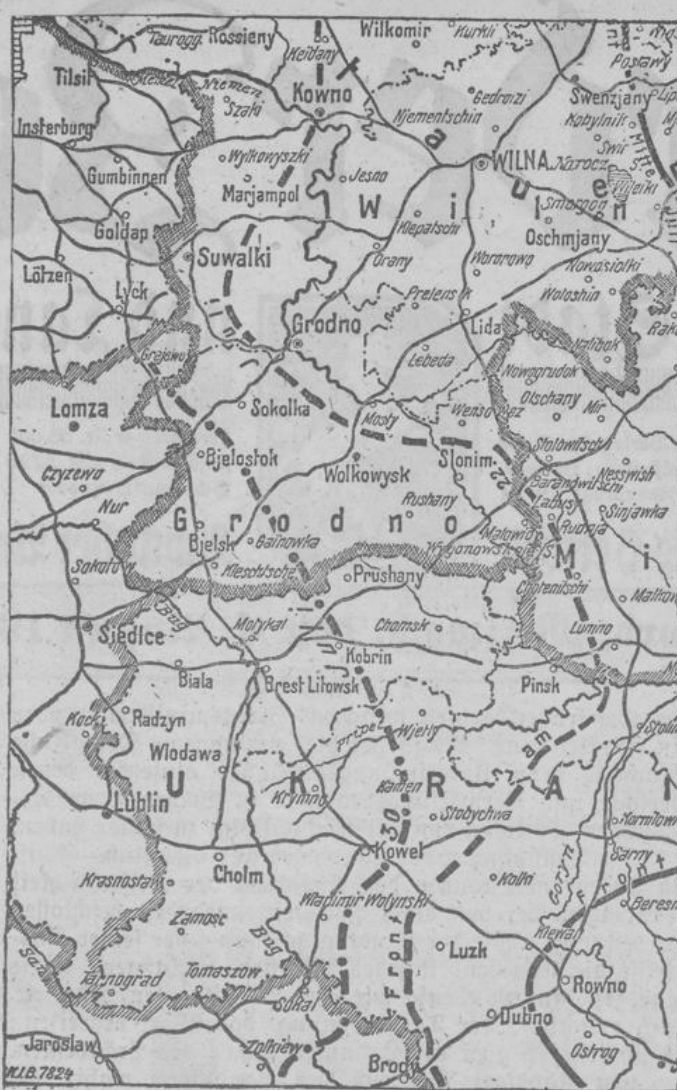
Zum Schluß kam Staatssekretär Girschl auf die sogenannten Betriebsabbrüche zu sprechen: „Abbrüche oder Stilllegungen solcher Betriebe, die volkswirtschaftlich noch nützlich sind und nur wegen der augenblicklichen Geschäftsstockung vorgenommen werden, können auf Grund der Verordnung über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 2. November 1918 unterbunden werden. Hierauf gestützt, hat das Reichswirtschaftsministerium z. B. die Beschwerden über Abbruch von Ziegeleien prüfen lassen; in einigen Fällen ist auch eingegriffen worden. Noch viel schwieriger liegt die Frage der sogenannten Teilstilllegung oder des Teilsabbruchs, zumal des Verkaufs von gebrauchten Maschinen. Die Ausfuhr solcher gebrauchten Maschinen ist verboten worden. In diesen Fällen können auch die Gewerbeaufsichtsbeamten eingreifen, doch besser als alle obrigkeitlichen Maßnahmen wird hier eine zweckmäßige Organisation und bewußtes Eingreifen der Gewerbe selbst helfen. Ueber die Mittel und Wege, die dabei geboten sind, wird demnächst der Reichswirtschaftsrat beraten, auch über Druckmittel, die in dieser Hinsicht den Selbstverwaltungskörpern und Körperchaften erteilt werden können. Das wichtigste aber, um der Arbeitslosigkeit im deutschen Volke vorzubeugen, scheint mir der entschlossene Wille auf Seiten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, auch unter weitgehender Preisgabe der augenblicklichen materiellen Interessen die Schädigung der deutschen Erzeugungskraft unter allen Umständen zu verhüten.“

Wohltätigkeit als Geschäft

Im November v. J. tat sich in Berlin eine „Zentralstelle für soziale Volksaufklärung“ auf, die sich auch „Abteilung für deutsche Propaganda in Oberschlesien, Ostpreußen und Schleswig-Holstein“ nannte und nach außen dieselben Zwecke verfolgte wie der eben aufgehobene „Zweckverband Oberschlesien“. An der Spitze des Unternehmens stand der Oberleutnant a. D. Gert Girschl, der in der Kaiserallee 30 in einem abgemieteten Zimmer sein Büro unterhielt. Die „Zentralstelle“ schickte Werber von Haus zu Haus, und ihre pathetischen Aufrufe begannen: „Niemand, niemals darf Oberschlesien...“. Dieses Unternehmen war vollkommen überflüssig, denn alle für das Grenz- und Auslandsdeutschtum in Betracht kommenden Vereine waren schon damals in dem „Deutschen Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum“ (Schloß Bellevue) vereinigt.

Im Ehrenauschuß der „Zentralstelle“ der Herrn Girschl saß General v. Behm, der eine monatliche Aufwandsentschädigung von 1000 M erhielt. Im März d. Js. verzog plötzlich das Büro der Zentralstelle aus der Kaiserallee, und die Wohnung des Oberleutnants Girschl, der an leitender Stelle auch dem „Bund für den Wiederaufbau Deutschlands“ angehörte, blieb zunächst unauffindbar. Im April entstand dann plötzlich die „Vereinigung zur Erhaltung des Deutschums in den national gefährdeten Gebieten“ die in der Mommsenstraße 48 ihr Büro aufschlug. Bei der jetzigen Wohnungsnot nimmt es wunder, daß diese Unternehmen immer wieder Räume finden. In der Mommsenstraße 48 hatte eine persönliche Empfehlung des Generals v. Behm für Oberleutnant Girschl ein Zimmer freigemacht. Die Werber der „Vereinigung“, die ebenso überflüssig war wie die „Zentralstelle“, erhielten 12 v. H. Provision, die Vorstandsmitglieder je 7 v. H. der Einnahmen.

Fast zur gleichen Zeit trat ein neues Unternehmen in Erscheinung, das „Hilfswerk für unsere unterernährten Kinder“, dem General v. Behm als Leiter vorstand; in persönlichen Briefen wandte er sich um Spenden an wohlhabende Persönlichkeiten, später wurden diesen Briefen auch gedruckte Werbeaufträge beigelegt, die in bewegten Worten



Die polnisch-russische Nordfront



Die polnischen Wünsche auf einen Brückenkopf bei Stettin u. die polnische Enklave bei Stettin

die Gefährdung unseres Nachwuchses schilderten und von einer Reihe der bekanntesten Persönlichkeiten unterzeichnet waren. Obgleich dem General v. Behm die Sammeltätigkeit verboten wurde, setzte er sie fort; es wurden Werber — in der Mehrzahl stellungslose Offiziere — angestellt, die sich schriftlich verpflichteten, über ihre Tätigkeit strengstes Stillschweigen zu bewahren und Aufrufe, Druckachen usw. keinesfalls in die Hände dritter gelangen zu lassen. Besonders war ihnen vorgeschrieben, ihre Sammeltätigkeit streng nach Instruktion durchzuführen. Von den Wirkungen dieses „Hilfswerks“ ist bisher nichts an die Öffentlichkeit gedrungen, jedoch ist anzunehmen, daß die gesammelten Gelder die Höhe der vom „Zweckverband Oberschlesien“ aufgebracht Summen nicht viel nachstehen. Das Büro des „Hilfswerks“ befand sich in der Wohnung des Kaufmanns Franz de Groussillier, der jedoch von dem ganzen Sammelwerk nichts wissen und lediglich Vermieter sein will.

Als das zweite Eingreifen gegen das „Hilfswerk“ bevorstand, verzog das Büro plötzlich, und in den Aufrufen wurde eine neue Adresse angegeben. Aber sämtliche dorthin gerichteten Briefe kamen als unbestellbar zurück, und auch behördliche Ermittlungen konnten nichts von dem Vorhandensein des „Hilfswerks“ feststellen.

Betrachtet man die Vielseitigkeit dieser Unternehmungen, die sich, immer höchst überflüssigerweise, einmal mit „Volksaufklärung“, dann mit „deutscher Propaganda“ und schließlich mit „unterernährten Kindern“ beschäftigen, ohne

daß je ein greifbarer Erfolg der mit riesigen Kosten ins Werk gesetzten Werbetätigkeit festzustellen ist, betrachtet man weiter die seltsame Verquickung der Persönlichkeiten, die in diesen Unternehmungen immer wieder als „Geschäftsführer“, „Organisatoren“ oder „Vorstandsmitglieder“ auftauchen, so liegt der Eindruck nahe, daß auch hier aus der Wohltätigkeit ein einträgliches Geschäft gemacht wurde, sei es auch nur, um gutbezahlte Verwaltungsstellen zu schaffen. Zum andern ist diese Verschwendung gestifteter Gelder eine neue, dringende Warnung an jeden, der von Werbern um Spenden oder eine guffingende Unterschrift angegangen wird.

Moderner Kanibalismus.

Im Zuchthaus Untermaasfeld ist dieser Tage der Mordmörder Schreppel aus Kempten hingerichtet worden, der die 11jährige Arbeiterstochter Rosa Böller ermordet, geschändet, zerstückelt und Fleischteile des Mädchens als angebliches Kalbsfleisch an einen Fleischer verkauft, auch selbst davon gegessen hatte. Der Mordmörder, der zuletzt als Artist in einem Wanderzirkus tätig war, hatte sein Opfer in der ausgesprochenen Absicht an sich gelockt, Menschenfleisch zu genießen und entschuldigte sich in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht in Meiningen damit, daß er in Indianergeschichten gelesen habe, die Eingeborenen Amerikas hätten sich auch an Menschenfleisch gütlich getan. Tatsache ist, daß solche Fälle von Anthropophagie auch heute vorkommen und daß sie in inniger Verbindung mit der Sexualität stehen. Nicht nur bei wilden Völkern ist deshalb Menschenfleischgenuss zu beobachten sondern selbst bei den hochentwickelten Griechen haben die dionysischen Feste nach Euripides dazu geführt, daß die „Omophagen“ Menschen anfielen und bissen. Die griechische Sage kennt sogar einen göttlichen Menschenfresser (Kronos), der ein Seitenstück in dem Menschenfresser des deutschen Märchens besitzt. Menschenfresserei gab es auch in Ägypten zur Zeit der großen Hungersnot in den Jahren 1200 und 1201. Nach Frobenius sind es gerade die hochentwickeltesten Völker Afrikas, die Kiam-Kiam, die Mangbatu, die Bessonge und die Bekaba, die dem Kanibalismus frönen, weil bei ihnen ein Ueberfluß an Menschen und gleichzeitig ein Mangel an Tieren herrscht. Er vergleicht sie mit dem gefürchteten Renaissancemenschen. Sie stellen sich vermög ihrer ausgesprochenen Individualität über alle Moralgesetze, jenseits von gut und böse und leben gleich dem Uebermenschen Nietzsche alle ihre Instinkte aus. — Auch bei den nordamerikanischen Indianern hat Frobenius bei der sogenannten Hampe-Zeremonie Festsitznehmer beobachtet, die mit den Zähnen große Stücke Fleisch aus Armen, Beinen und Weinen der Umstehenden bissen. In ähnlicher Weise soll nach Bancroft eine Methodisten-Gemeinde in Kentucky ihre religiösen Feste gefeiert haben.

Deutliche Spuren von Kanibalismus zeigt auch die Erzählung vom blutgurgelnden Vampyr, der sich in der italienischen und deutschen Literatur findet. 1772 wurde ein Hirn aus Gichenbronn gerädet, weil er ein 11jähriges Mädchen und einen Handwerksburschen geschlachtet und aufgegessen hatte. Krafft-Ebing erzählt ferner in seiner „Psychopathia sexualis“ aus der neueren Kriminalgeschichte den schrecklichen Fall des 24jährigen Wingers Liger, der Teile eines 12jährigen Kindes gegessen hatte und ferner die Geschichte des 55jährigen Siechenhäuslers Tich, der aus Jorn über die Abweisung eines Heiratsantrages die erste ihm begegnende Frau niedermachte und einzelne Körperteile verzehrte. — Aus der allerjüngsten Kriminalgeschichte ist noch der Fall des Greiswälder Kindermörders Tschow zu erwähnen, der seine Opfer ebenfalls zerschneidete und einzelne Teile verpeiste. In verballterter Form finden wir auch in der deutschen Sprache einige deutsche Rudimente der Anthropophagie, die nach Dr. Willi Bojan zum großen Teile nur in den Ausdrücken der höchsten Liebesekstase angewendet werden. Er zitiert die Wendungen: „Sie ist zum Anbeissen“, oder „Ich habe sie zum Fressen lieb“; andererseits drückt sich das Gegenteil der Zuneigung und Liebe, die Abneigung und der Haß, folgendermaßen aus: „Der Mensch ist mir unverbäulich“, „Der Kerl liegt mir im Magen“ usw.

Bei vielen Kindern und Neurotikern hat Dr. Bojan ebenfalls deutliche Anzeichen von Kanibalismus gefunden, sowohl in Worten wie in Handlungen, und so kommt er zu dem Schluß, daß Liebe, Religion, Aberglaube, Haß und Hunger vereint noch heute Fälle von Menschenfresserei möglich machen und daß sie in vorhistorischer Zeit sicher eine allgemeine Sitte war. Solange der Mensch dem Menschen feindselig gegenüberstand, solange sich keine festeren Verbände gegründet hatten, galt eine Familie der anderen als Feind. Heute stehen sich Nationen feindselig gegenüber und die Menschenfresserei wurde diversen Nordmächten, Repetiergewehren, Schrapnells und Dumdumgeschossen übertragen. Im Grunde genommen ist es daselbe, und zwischen Mord und Kanibalismus dehnt sich kein so gewaltiger Abgrund. Noch leben die tierischen Instinkte viel zu kräftig in unserem Blute, noch fallen täglich tausend Opfer unter verschiedenen Vorwänden, noch immer beherrschen die Menschen die zwei gewaltigen Instinkte: die Liebe und der Hunger. Die Kultur wird noch ein großes Stück Arbeit vollbringen müssen, ehe die letzten Spuren des Kanibalismus vom Erdboden verschwinden sein werden. Das wird vielleicht viele Jahrtausende dauern. Sh.

Obenilchroft u. Labnufennia
erhalten u. geben
Obenilchroft
Blutreinigung, Brust-Lungen-Husten, Blutharnt, Asthma, Verkalkungen, Nerven-Magen, Leber-Nieren-Blasen-Unterleibs-Gicht-Rheuma-Herz-Wurm, Gallenstein-Stuhlverstopfungs-Kreisl.

Zusammensetzung nach Dr. Pankel
zu haben in Apotheken u. Drogerien, Auftragsversand gratis
durch **A. Dorfschäfer & Co. Nachf. G.m.b.H. Bad Godesberg**

Vorrätig bei:
W. Jilemann, Renn-Drogerie, Herford, Rennstr. 21.

Beschwerden

Aber unregelmäßige und unpünktliche Zustellung unseres Blattes bitten wir sofort an unsere Geschäftsstelle: **Rennstr. 29/31 (Fernsp. 88)** zu richten.

Verlag der Herforder Zeitung für Stadt u. Land.

Unsere heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: **Joseph Herbert Reis**; für den Inseratenteil verantwortlich: **S. Bese**; beide in Herford.

Unbestimmte Vereinbarungen.

Wenn das Wetter gut ist... so fassen sie unendlich viele Abmachungen. Drei Freunde wollten sich treffen bei gutem Wetter natürlich nur. Ein Herr von den Wägen einer kleinen Gasse besaß ein

Bedürfnisse der Bevölkerung für Stadt und Land.

Erleuchtende Knoppen 

Paula trat ein, die beiden jungen Mädchen begrüßten
fröhlich, kräftig drückte Erna die ihr gebotene Hand, und nun

zum Ausbruch erkrankte Erna-Schröder den Besuch
Mula von Stahlberg. Das junge Mädchen war sehr dick

Häuslicher Ratgeber

Ständige Belehrung ist notwendig im Winter zum Arbeiten nicht immer zu vermeiden; sie läßt sich aber für Kinder einrichten, indem man dafür sorgt, daß die Arbeiten frühzeitig eingeübt werden. Vor allem aber lasse man ein

Ständige Beschäftigung ist namentlich im Winter zum Arbeiten nicht immer zu vermeiden; sie läßt sich aber für Kinder entkräften, indem man dafür sorgt, daß die Arbeiten frühzeitig erzieht werden. Vor allem aber lasse man ein

